

Dietfurt, 13. August 2020

Pressemitteilung der EDU Kanton St. Gallen

Klares Bekenntnis zur eigenständigen Zuwanderungs-Steuerung

Volksinitiative «für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative): JA-Parole

In der Schweiz leben seit der Einführung der Personenfreizügigkeit über 1 Million mehr Menschen. Die Begrenzungsinitiative bezweckt, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuern kann, wozu eigentlich das Volk bereits Ja gesagt hatte bei der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative, welche vom Parlament verfassungswidrig nicht umgesetzt wurde. Die EU hat ein grosses Interesse, die Bilateralen I nicht einfach zu kündigen trotz der unfairen Guillotine-Klausel, denn die Schweiz ist unter anderem für die EU einer der profitabelsten Handelspartner neben USA, China und Russland. Der EDU Vorstand fasste **einstimmig die Ja-Parole**.

Indirekter Gegenvorschlag zum Vaterschaftsurlaub: NEIN-Parole

Die Kosten für einen Vaterschaftsurlaub sind in Zeiten einer sich anbahnenden Wirtschaftskrise nicht vertretbar. Gerade KMU können sich die finanziellen Folgen aufgrund schon heute tiefer Margen kaum leisten. Den Bürgern würde mit dieser neuen Sozialversicherung noch mehr Geld aus den Taschen gezogen, währenddem das Land vor schweren Herausforderungen wie der ungesicherten Altersvorsorge steht. Familienförderung ist wichtig, aber nicht einseitig. Die gleichen Leute, die für den Vaterschaftsurlaub sind, befürworten den Ausbau der Krippenbetreuung. Der EDU Vorstand fasste **mehrheitlich die Nein-Parole**.

Bundesbeschluss zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge: JA-Parole

Die bisherigen Kampfflugzeuge sind veraltet und müssen bis im Jahr 2030 ersetzt werden. Die Schweiz muss ihren Luftraum als neutrales Land eigenständig schützen können. Der EDU Vorstand sagte **einstimmig Ja**.

Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz: JA-Parole

Es geht nicht darum, Bestände der Wildtiere zu gefährden, sondern – im Gegenteil – den Tierschutz auszubauen und die Nachhaltigkeit der Jagd zu verankern. Dabei ermöglicht das Jagdgesetz eine Jagdregulation z.B. von Wölfen und Steinböcken, um deren Überpopulation zu verhindern, auch weil deren jahrelange Bestandeszunahme in verstärkten Konflikt mit der Nutztierhaltung in der Landwirtschaft geraten ist und diese substanziall schädigt. Wichtig ist dabei auch, dass in Zukunft kantonale Unterschiede berücksichtigt werden. Der EDU Vorstand fasste **einstimmig die Ja-Parole**.

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer: NEIN-Parole

Neu könnten Eltern 25'000 Franken Kinderbetreuungskosten pro Kind und Jahr bei der direkten Bundessteuer in Abzug bringen (aktuell sind es 10'100 Franken pro Kind), was Mehrkosten von rund 380 Millionen Franken bringen dürfte. Diese Gesetzesänderung würde die «Vollzeitmütter», welche keiner externen Arbeitstätigkeit nachgehen, weiter diskriminieren. Angesichts der um Milliarden angestiegenen «Corona-Schulden» kann sich die Schweiz diese Anpassung nicht leisten. Profitieren würden vor allem Haushaltungen, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen und zu den besseren Verdienern gehören. Der EDU Vorstand sagte dazu **einstimmig Nein**.